

**Nach Überwindung  
des Ost-West-Konflikts**

**Gedanken zur  
„Neuen Weltordnung“**



**Akademie  
für Politik  
und Zeitgeschehen**

**Hanns-Seidel-Stiftung eV**



059166278

416 146 132 000 10



8 94-7882

ISBN 3-88795-098-4  
© 1994 Hanns-Seidel-Stiftung e. V.  
Akademie für Politik und Zeitgeschehen  
Verantwortlich: Dr. Gisela Schmirber  
Redaktion: Wolfgang Eltrich M. A.  
Druck: Gebr. Geiselberger GmbH, Vilsbiburg  
Jeglicher Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Genehmigung des Herausgebers.  
Das verwendete Papier ist chlor- und säurefrei.

94 P 88795

## **Inhalt**

*Bernd Rill*

Vorwort 5

*Gerhard Robbers*

- Gerechtigkeit und Frieden als Grundlagen  
einer jeden Weltordnung 8

*Otto Kimminich*

Das Recht auf die Heimat, das internationale  
Volkgruppenrecht - ihr Befriedungspotential 21

*Klaus Dicke*

Die UN-Charta -  
Ausbau und ungenutzte Möglichkeiten 48

*Sushila Gosalia*

Von Bandung bis Jakarta -  
haben die Blockfreien eine Zukunft? 76

*Mir A. Ferdowsi*

Der Nahe Osten und die neue Weltordnung 94

Die Autoren dieses Bandes 128

# Der Nahe Osten und die neue Weltordnung

## 1. Einleitung

„Wenn Sie wissen wollen, wie die kommende Weltordnung aussehen wird, dann werden Sie die Antwort weder in Moskau oder Warschau noch im arabisch-israelischen Konflikt noch in den globalen Handelsvereinbarungen finden. Stattdessen wird man sich die Beziehung zwischen den drei einflußreichen Nationen von heute anschauen müssen - USA, Japan und Deutschland. Man wird sich darüber klar werden müssen, wie sich die realen Machtverhältnisse zwischen ihnen während des Kalten Krieges verändert haben und wie sie sich in den neunziger Jahren weiter verschieben werden“.

Folgt man diese überaus erwägenswerte Feststellung, mit der Jeffrey E. Garten sein neues Buch beginnt <sup>2</sup>, so wird die Behandlung des Themas vor zweierlei Probleme gestellt: Zum einen, daß nach Ende der Bipolarität und dem Zerfall des Sowjetimperiums das alte weltpolitische Koordinatensystem zwar zerbrochen ist, das neue sich aber erst herausbilden muß. Zum anderen, daß diese „Neue Weltordnung“ nach der Beendigung des Ost-West-Konfliktes und des Kalten Krieges durch die „Pariser Charta für ein neues Europa“ <sup>3</sup> vom November 1990 von Kategorien des Ökonomischen bestimmt sein wird, da das militärische Element zunehmend an Bedeutung zu verlieren beginnt, und die geo-ökonomische die geo-strategische Komponente abzulösen im Begriff ist. Legt man darüber hinaus die von Garten betonten Indikatoren zu Grunde -, so werden die Staaten des Nahen Ostens trotz ihres Ölvorkommens bei der Her-

ausbildung bzw. Gestaltung einer „Neuen Weltordnung“, wenn überhaupt, eher eine untergeordnete Rolle spielen.

Wenn dennoch der Versuch unternommen wird, dem Thema entlang der Entwicklungen in der Golfregion seit dem 2. Golfkrieg gerecht zu werden, so dies nicht zuletzt deshalb, weil die Golfkrise und der anschließende Krieg nicht nur als Auftakt zu einer Neuen Weltordnung und zu einer regionalen Neuordnung des konflikt- und krieggeplagten Nahen Ostens angesehen wurden, sondern auch eine Art Testfall für deren Dynamik und Effektivität waren<sup>4</sup>). Denn die Schaffung einer „Neuen Weltordnung“ wurde von Präsident Bush zum ersten Mal am 1. Oktober 1990 lanciert, als er vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen dem umfangreichen Katalog zur Legitimation des amerikanischen Engagements im Golf diese Zielvorgabe hinzufügte.

Erst einige Monate später präzisierte Präsident Bush diese Idee, als er in seiner Rede an die Nation am 16. Februar 1991 den Beginn der Operation „Wüstensturm“ zur Befreiung von Kuwait bekanntgab, wobei er betonte, „für uns selbst und für kommende Generationen eine neue Weltordnung ...schaffen“ zu wollen, „eine Welt, in der die Regeln des Gesetzes, nicht das Gesetz des Dschungels das Verhalten der Nationen untereinander bestimmt. Wenn wir Erfolg haben - und wir werden ihn haben -, haben wir eine echte Chance auf diese neue Weltordnung, eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UN ihre friedenssichernde Rolle einsetzen und so die Hoffnungen der Gründer der Vereinten Nationen erfüllen kann“.<sup>5</sup>

Im Lichte späterer Entwicklungen wäre es allerdings müßig, wollte man die Bilanz der bisherigen Entwicklung in der Golfregion entlang der Bestandteile dieser „Neuen Weltordnung“ ziehen. Denn es drängt sich der Verdacht auf, daß es sich bei der Errichtung einer „Neuen Weltordnung“ weder um „Form ohne Inhalt“ noch „Inhalt ohne Form“ handelte,

wie Kritiker konstatiert haben <sup>6</sup>, sondern bestenfalls um eine schwärmerische, schlimmstenfalls jedoch um eine hohle Rechtfertigungsformel für die militärische Lösung der Kuwaitkrise. Dieser Eindruck bestätigt sich, ruft man sich die von Präsident Bush in einer Rede am 13. April 1991 auf dem Luftwaffenstützpunkt Maxwell (Alabama) allenfalls in Ansätzen präzisierten vier Prinzipien dieser „Neuen Weltordnung“ in Erinnerung: „Friedliche Regelung von Konflikten; Solidarität gegen Aggression; reduzierte und kontrollierte Waffenarsenale und gerechte Behandlung alle Völker“ <sup>7</sup> - wobei insbesondere letzteres Prinzip im Gefolge der kurdischen und schiitischen Tragödie nach dem Waffenstillstand am Golf relativ früh seine „Unschuld“ verloren hat. Denn die alliierten Truppen beließen die irakischen Oppositionsgruppen und vor allem den kurdischen und schiitischen Widerstand in einer prekären Situation, obgleich doch nicht nur der Radiosender „Voice of America“ die Iraker ununterbrochen gedrängt hatte, eine „Intifada“ gegen das Regime zu führen, Präsident Bush selbst hatte am 15. Februar und noch einmal am 1. März 1991 gefordert, „das irakische Militär und das irakische Volk sollten es in ihre eigenen Hände nehmen, den Diktator Saddam Hussein zum Verschwinden zu zwingen (to step aside)“ <sup>8</sup>.

Ob von diesen Aufrufen oder dem berechtigten Verlangen nach Autonomie ausgelöst, fest steht, daß der kurz nach dem Waffenstillstand erfolgte Aufstand der Kurden am 4. April 1991 mangels nennenswerter internationaler Unterstützung zusammenbrach und zu einem Massenexodus von annähernd 2 Mio. Kurden führte; ca. eine Million Kurden flohen in den Iran und 700.000 in die Berge unmittelbar an der türkischen Grenze, da sich die Türkei anfangs weigerte, die Flüchtlinge ins Land zu lassen.

Erst als sich das volle Ausmaß der Flüchtlingstragödie zeigte und immer offensichtlicher wurde, daß die Resolution

688 des Sicherheitsrates vom 6. April 1991<sup>9</sup>, die („unter Bestätigung der Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten zur Souveränität, territorialen Einheit und politischen Unabhängigkeit des Irak“) „die Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung in vielen Teilen des Irak, einschließlich der in jüngster Zeit in den von Kurden bewohnten Gebieten“ verurteilt hatte, nicht die erwarteten Resultate brachte, brachen die USA ihren Vorsatz, „nicht zuzulassen, daß auch nur ein einziger Soldat oder Flieger in einen Bürgerkrieg im Irak gestoßen wird, der seit unerdenklichen Zeiten wütet“<sup>10</sup>. Nicht zuletzt aufgrund massiven europäischen Drucks und der Hilferufe des türkischen Präsidenten Özal, wurden am 20. April die ersten US-Marineinfanteristen zur Verteidigung der „Schutzzone“ auf irakischem Gebiet in Marsch gesetzt.

In einem ersten Teil werde ich daher die Entwicklung der Region seit dem Waffenstillstand kurz bilanzieren. In einem zweiten Teil sollen sodann jene Konflikte näher skizziert werden, deren Beilegung noch aussteht, und deren Dimension die Vermutung nahelegt, daß die Region von einer „Neuen Ordnung“ weiter denn je entfernt ist: ungeklärte und bis heute nicht markierte Grenzziehungen sowie Ressourcenverteilungskonflikte um Erdöl und Wasser.

## **2. Die Errichtung einer stabilen Friedensordnung in der Golf-Region zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

Um die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, aber auch die Steuerungsprobleme bei der Errichtung einer „Neuen Ordnung“ nach dem Ende des Golfkrieges zu verdeutlichen, werde ich als Leitfaden der Untersuchung jene Elemente einer „stabilen Friedensordnung“ im Nahen Osten zugrunde legen, die Präsident Bush am 6. März 1991 in einer Rede vor dem Kongreß wie folgt skizzierte<sup>11</sup>:

- kollektive Sicherheitsvereinbarungen unter den Ländern der Region, namentlich zwischen jenen Staaten, die in der Golfkoalition aktiv mitgewirkt haben;
- eine effiziente Einschränkung und Kontrolle von Waffenlieferungen in den Nahen Osten;
- die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region durch koordinierte Investitionen;
- die Überwindung des arabisch-israelischen Konflikts, wobei Bush als Grundvoraussetzung die Bereitschaft beider Seiten zum Kompromiß bezeichnete; als Ansatzpunkt nannte er in diesem Zusammenhang die Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates und das Prinzip Land für Frieden.

## **2.1. Von „kollektiver Sicherheit“ zum Bilateralismus**

Es lag in der Logik der Kuwait-Krise, bei der zum ersten Mal der Bestand eines arabischen Staates infrage gestellt wurde, daß der Schaffung eines regionalen Sicherheitssystems unmittelbar nach Beendigung des Krieges besondere Priorität eingeräumt wurde.

Ein erster ermutigender Ansatzpunkt hierfür war die Unterzeichnung der sog. „Erklärung von Damaskus“ am 6. März 1991 durch die Außenminister der „zwei plus sechs“-Staaten (Syrien, Ägypten und die sechs Mitglieder des Golfkooperationsrates Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate). Die „Ziele der Koordination und Zusammenarbeit“ betreffend wird dabei ausdrücklich hervorgehoben, „daß die Anwesenheit der ägyptischen und syrischen Truppen auf dem Gebiet des Saudi-Arabischen Königreiches und anderer arabischer Staaten in der Region ... den Kern einer arabischen Friedenstruppe darstellt, die zur Garantie der Sicherheit und Unversehrtheit der arabischen Staaten in der Golf-

region eingerichtet wird, und als ein Beispiel, mit dem die Wirksamkeit des umfassenden arabischen Verteidigungssystems garantiert wird“.<sup>12</sup>

Doch trotz dieser hoffnungsvollen Erwartungen kündigte der ägyptische Präsident Mubarak knapp zwei Monate später, am 8. Mai 1991, den Abzug des 38 000 Mann starken ägyptischen Expeditionskorps aus Saudi-Arabien und Kuwait an. Trotz intensiver diplomatischer Bemühungen ist es den Unterzeichnerstaaten zudem bislang nicht gelungen, sich über die Details dieser noch recht allgemeinen Absichtserklärung zu einigen. Vielmehr halten inzwischen die Golfstaaten nichts mehr von arabischer Bruderhilfe und lehnen gar die Stationierung ägyptischer und syrischer Verbände auf ihrem Territorium ab.

Die Gründe für das „Scheitern“ - symptomatisch für das Sicherheitsstreben und -bedürfnis der Golfanrainerstaaten, insbesondere der Mitglieder des Golf-Kooperationsrates - lassen sich wie folgt zusammenfassen<sup>13</sup> :

- Die Auffassung einiger Golfstaaten, daß eine arabische Sicherheitsordnung allein keinen ausreichenden Schutz zu gewährleisten imstande sei.
- Die Abneigung konservativer Monarchien, sich mit syrischen oder ägyptischen Truppen eine politisch wie militärisch zweifelhafte fremde Truppenpräsenz aufzuhalten. Hierfür spricht die Tatsache, daß Kuwait die Präsenz amerikanischer Truppen der Stationierung arabischer Streitkräfte vorzog, während Saudi-Arabien seine Bemühungen mehr auf die massive Erhöhung der eigenen Verteidigungsanstrengungen als auf die Bildung einer arabischen Sicherheitstruppe konzentrierte.
- Gegensätzliche Meinungen hinsichtlich der Einbeziehung Irans als nicht-arabischem Akteur am Golf.

- Die Abneigung insbesondere Ägyptens gegen eine langfristige Stationierung amerikanischer Bodentruppen, da das Land nicht bereit zu sein schien, „als arabische Fassade für ein System zu dienen, dessen Kern nicht arabisch ist“, so der Chefredakteur von „Al-Ahram“, Ibrahim Nafie.<sup>14</sup>

Diese kurz skizzierten Aspekte dürften verdeutlicht haben, daß sich entgegen alle Hoffnungen und internationale Unterstützung das Konzept eines „regionalen Sicherheitssystems“ allein schon aufgrund interner Antagonismen in absehbarer Zukunft schwerlich wird reaktivieren lassen. Hinzu kommt, daß die USA aus Sorge vor einem Sicherheitsvakuum den arabischen Golfländern den Abschluß bilateraler Sicherheitsabkommen offeriert haben, die von einigen Staaten angenommen wurde. So schloß Kuwait im September 1991 ein auf zehn Jahre befristetes Sicherheitsabkommen mit Amerika ab, das dem Emirat im Fall einer militärischen Bedrohung oder gar Aggression Beistand verspricht. Darüber hinaus sind gemeinsame Manöver der Streitkräfte beider Länder sowie die Einlagerung von amerikanischen Waffen und anderem militärischen Gerät vorgesehen. Da sich Kuwait aus Rücksichtnahme auf arabische Bedenken jedoch nicht bereit erklärt hat, den USA Stützpunkte im Lande zu gewähren, werden die amerikanischen Kampfflugzeuge wie bisher die Luftwaffenbasis „Scheich Isa“ im Süden Bahraïns benutzen. Mit diesem Emirat wurde ein Abkommen geschlossen, das die seit Jahrzehnten praktizierte enge militärische Zusammenarbeit nunmehr auf eine vertragliche Grundlage stellt.

Insgesamt deutet die Entwicklung darauf hin, daß die Zusammenarbeit im Nahen Osten in absehbarer Zukunft kaum von einem „ungeordneten“ zu einem „geordneten“ Regionalsystem<sup>15</sup> transformiert werden wird. Nicht nur die Idee einer „regionalen Sicherheitsstruktur“ ist inzwischen in

eine Sackgasse geraten, ebenso herrscht nach wie vor Ungewißheit über die Konturen des inneren Sicherheitskreises der sechs Golfstaaten. Denn trotz eines von Oman favorisierten Planes für eine integrierte „schnelle Eingreiftruppe“ der sechs Länder des Golf-Kooperationsrates im Umfang von 100.000 Mann <sup>16</sup> als Instrument für eine kollektive Verteidigung am Golf, überwiesen die Staatsschefs des Golf-Kooperationsrates diesen Vorschlag Ende Dezember 1991, auf ihrem ersten Gipfeltreffen nach dem Golfkrieg, „zur Prüfung“ an eine Kommission und legten das Projekt damit de facto auf Eis.

## **2.2. Einschränkung und Kontrolle von Waffenlieferungen**

Es liegt wohl in der Logik der oben skizzierten Entwicklungen, daß allen Beteuerungen zur Einleitung umfassender regionaler Rüstungsbegrenzungen zum Trotz auch hier die Bilanz wenig ermutigend ausfällt. Zwar stellte US-Präsident Bush Anfang Juni 1991 einen Plan vor, der die Unterbindung des Baus, der Erprobung und der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, ein Exportverbot ballistischer Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometer sowie Zurückhaltung beim Verkauf konventioneller Waffen vorsah. Darüber hinaus sollten sich die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und die wichtigsten Lieferländer für den Nahen Osten auf einen „allgemeinen Code“ zur Exportbeschränkung einigen und auf eine „Beschränkung destabilisierender Exporte konventioneller Waffen“ hinwirken, da, so Präsident Bush, „nirgendwo die Eindämmung der Gefahr der Waffenproliferation“ dringlicher sei als gerade im Nahen Osten <sup>17</sup>. Die Vermutung, daß damit der „Bock zum Gärtner“ gemacht wurde, wird bestätigt, wenn man berücksichtigt, daß diese fünf Länder zwischen 1986-1990 zusammen 91% der weltweiten Rüstungsausfuhren in den

Nahen Osten getätigt haben: Sowjetunion 29%; USA 27%; Frankreich 16%; Großbritannien 10% und VRChina 9%.<sup>18</sup>

Doch die bisherige Entwicklung liefert eine Reihe von Indizien dafür, daß sowohl die Golfstaaten als auch die USA bei der Stabilisierung der Region der militärischen Hilfe den Vorrang einräumen. Bereits wenige Tage nach der Erklärung von Präsident Bush kündigten die USA an, zehn Kampfflugzeuge vom Typ F-15 an Israel zu liefern und sich mit 72% am israelischen Raketenabwehrprogramm zu beteiligen. Im Gegenzug sollte Ägypten 46 F-16 Kampfflugzeuge erhalten. Die Koproduktion von jährlich etwa 500 Kampfpanzern M1-A1 in Ägypten sollte 1992 begonnen werden<sup>19</sup>. Das Gesamtvolumen der saudischen Rüstungsgeschäfte belief sich nach Erhebungen der Safeword Foundation<sup>20</sup> zwischen 1990 und 1992 auf 25,6 Mrd. Dollar, zwei Drittel davon mit amerikanischen Firmen. Auch die Verteidigungsfähigkeit der kleinen Emirate wird mittels weiterer Rüstungslieferungen gestärkt. Für Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate sind Waffen im Wert von zusammen 2,1 Mrd. Dollar vorgesehen, darunter Kampfhubschrauber des Typs „Apache“, mehr als 330 M1-A1-Kampfpanzer und 160 gepanzerte „Bradley“-Fahrzeuge<sup>21</sup>. Doch nicht nur die USA, sondern auch England und Frankreich haben in jüngster Zeit Verträge über umfangreiche Waffenlieferungen mit den Ländern der Region abgeschlossen. So vereinbarte der britische Premierminister John Major am 28. Januar 1993 während eines kurzen Zwischenstops in der Region auf der Rückreise von seinem Indien-Besuch mit Saudi-Arabien einen Rüstungsgroßauftrag von über 12 Mrd. Mark, der u.a. die Lieferung von 48 Tornado-Kampfflugzeugen umfassen soll. Mit Oman vereinbarte der Premier den Verkauf von 18 Panzern des Typs Challenger-2 und vier zugehörigen Unterstützungs- und Bergungsfahrzeugen, die ab 1995 ausgeliefert werden sollen<sup>22</sup>. Zwi-

schen Frankreich und den Emiraten wurde zu Beginn der internationalen Rüstungsausstellung in Abu Dhabi Mitte Februar 1993 die Lieferung von mehr als 436 französischen Leclerc-Panzern sowie 390 AMX-Kampfpanzern im Gesamtwert von rund 6,3 Mrd. Mark vereinbart <sup>23</sup>.

Ob dieser neue „sicherheitspolitische Bilateralismus“ allerdings das geeignete Instrument zur Stabilisierung des äußerst labilen Gleichgewichts innerhalb der Region sein kann, ist fraglich, wie neue Dissonanzen zwischen den Golf-Emiraten und Iran zeigen, der im April 1992 damit begonnen hat, alle „arabischen“ Gastarbeiter aus der 1971 vom Schah im Handstreich besetzten Insel Abu Musa an der Straße von Hormuz auszuweisen, die sich bis dahin unter gemeinsamer Verwaltung Irans und des Emirs von Schardscha befunden hatte. Die 85 Quadratkilometer große Insel diente während des irakisch-iranischen Krieges 1980-1988 als Stützpunkt iranischer Kanonenboote und ist aufgrund ihrer günstigen geostrategischen Lage für die Sicherung bzw. Überwachung der Öltanker-Routen von unschätzbarem Wert. Das iranische Vorgehen deutet darauf hin, daß die Regierung der Islamischen Republik, ähnlich wie das Schah-Regime 1971, Irans Vormachtstellung in der Region zu demonstrieren und auszubauen beabsichtigt.

### **2.3. Der inner-arabische Nord-Süd-Konflikt**

Die Sprengkraft der Kluft zwischen reichen und armen Staaten in der Region (Tab. 1) kam im Gefolge des Golfkrieges deutlicher als je zuvor zum Vorschein, als Saddam Hussein mit seiner sicherlich eher rhetorischen Absichtserklärung die armen arabischen Massen für sich zu gewinnen suchte, indem er die Besetzung Kuwaits auch damit rechtfertigte, den „Reichtum“ des arabischen Mutterlandes allen arabischen Brüdern zukommen lassen zu wollen<sup>24</sup>. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß auch in der arabi-

Tabelle 1

## Grundlegende Kennzahlen der Länder der Region

Land	BSP/ Kopf/ Dollar	Bevöl. (in Mio)	Durchschnittliches jährliches Bevöl- kerungswachstum		Bevölkerung/ Projektionen (in Mio.)		Getreideeinfuhr (in Tsd. metr.T)	
	1990	1990	1980-90	1989-2000	2000	2025	1974	1990
Ägypten	600	52	2,4	1,8	62	86	3.877	8.580
Irak	...	19	3,6	3,6	26	48	870	2.834
Iran	2.490	56	3,6	3,4	78	166	2.076	6.250
Israel	10.920	5	1,8	3,3	6	8	1.176	1.802
Jemen	...	11	3,1	3,7	16	37	306	2.001
Jordanien	1.240	3	3,7	3,8	5	10	637	1.562
Kuwait (1989)	16.150	2	4,4	2,9	3	4	101	427
Libanon	...	10	...	...	..	..	354	356
Oman	...	2	4,7	3,9	2	5	52	338
Saudi-Arab.	7.050	15	4,7	3,7	21	43	482	5.273
Syrien	1.000	12	3,6	3,6	18	35	339	2.091
Türkei	1.630	56	2,4	1,9	68	91	1.276	3.177
Ver. Ar. Emi.	19.860	2	4,3	2,2	2	3	132	576

Quelle: Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1992, Washington D.C., August 1992

schen Welt<sup>25</sup>, nicht anders als in anderen Teilen der Dritten Welt, die ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Staaten eine der Hauptquellen politischer Instabilitäten darstellen. So konnte es nicht überraschen, daß im Zuge der Neuordnungsdebatte über die Nachkriegszeit die Errichtung einer mit Ölgeldern finanzierten internationalen Bank<sup>26</sup>) und eine Art „Marshallplan“ zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der Region zur Sprache kamen.

Die Brisanz der Frage erkennend, haben die Staaten des Golf-Kooperationsrates im März 1991 der Einrichtung eines regionalen Entwicklungsfonds grundsätzlich zugestimmt und sich bereit erklärt, 15 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben in nicht erdölfördernden arabischen Staaten zur Verfügung zu stellen. Dies geschah allerdings erst, nachdem man einer Ressourcenverteilung und Mitspracherechten der ärmeren arabischen Staaten über die Öleinnahmen im Rahmen der „Damaskus-Erklärung“ eine klare Absage erteilt hatte. Dort wurde als Teil des

Prinzipienkatalogs über „Koordination und Zusammenarbeit“ ausdrücklich die „Respektierung des Prinzips der Souveränität jedes arabischen Staates über seine natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen“ betont<sup>27</sup>). Es verwundert daher nicht, daß die konkreten Beschlüsse zur Umsetzung dieser Pläne äußerst enttäuschend ausfielen. Nicht nur beschlossen die Finanzminister des Golf-Kooperationsrates im April 1991 in Riad, nur 10 Mrd. US-Dollar während eines Zeitraums von zehn Jahren in diesen Fonds einzuzahlen. Weiterhin stimmten die Staatschefs des Golf-Kooperationsrates auf ihrem Gipfel-Treffen im Dezember 1992 lediglich der Schaffung eines mit 6,5 Mrd. Dollar ausgestatteten Fonds zur Unterstützung der Wirtschaft Ägyptens und Syriens zu. Offensichtlich sollen beide Staaten für ihre Beteiligung an der Alliierten Streitmacht im Golfkrieg honoriert werden.

Dabei wäre zur Sicherung eines stabilen Friedens in der Region eine Ressourcenverteilung gerade jetzt dringlicher denn je. Denn die kriegsbedingte Rückkehr von Millionen von Gastarbeitern aus den erdölreichen Golfstaaten in ihre Heimatländer führte dazu, daß für die Wirtschaft dieser Länder wichtige Devisenüberweisungen ausblieben und darüber hinaus die neuen Arbeitslosen ein zusätzliches wirtschaftliches und politisches Problem darstellen. Davon betroffen sind insbesondere der Jemen mit beinahe einer Million zurückkehrender Arbeitsmigranten aus Saudi-Arabien, sowie Jordanien und die von Israel besetzten Gebiete durch die Ausweisung von mehr als 300.000 Palästinensern aus Kuwait.

#### **2.4. Friedliche Regelung des Nahostkonfliktes.**

Es sei dahingestellt, ob der Druck der Herrscher am Golf, denen die Krise verdeutlichte, daß die Spannungen zwischen Israel und der arabischen Welt auch für sie gefährli-

che Folgen haben könnten <sup>28)</sup> oder die Hoffnung, daß die Krise und der Krieg um Kuwait sowie die unsicheren Perspektiven der Nachkriegszeit alle Beteiligten zu einem „neuen Denken“ bringen und die USA mit so etwas wie Dankbarkeit rechnen würden, letztlich ausschlaggebend dafür war, daß die Lösung des Nahostkonflikts im Mittelpunkt der Rede Präsident Bushs bei der Ankündigung der Waffenruhe am Morgen des 28. Februar 1991 stand. Denn hinsichtlich der Zukunftsaufgaben für die Region betonte er: „Wir müssen jetzt anfangen, über den Sieg und den Krieg hinauszublicken. Wir müssen uns der Herausforderung stellen, den Frieden zu sichern. ... Wir haben schon eine ganze Menge Denk- und Planungsarbeit für die Zeit nach dem Krieg geleistet...Es kann und wird keine ausschließlich amerikanische Antwort auf all diese Herausforderungen geben, aber wir können helfen und die Länder der Region unterstützen, und wir können ein Katalysator für den Frieden sein. In diesem Geist wird Minister Baker nächste Woche in die Region reisen und eine neue Gesprächsrunde eröffnen...“ <sup>29)</sup>.

Es würde den Rahmen sprengen, wollte man an dieser Stelle näher auf den bisherigen Verlauf der seit 10. Dezember 1991 in Washington stattgefundenen Friedensgespräche näher eingehen. Bei seinen insgesamt acht Nahost-Reisen gelang es dem amerikanischen Außenminister Baker zwar, zwischen den Parteien eine Einigung über den Teilnehmerkreis (Syrien, Libanon, Israel und eine jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation), die Konferenzform (nach der Eröffnungssitzung sollten in einer zweiten Phase die Verhandlungen bilateral fortgeführt werden; als dritte Phase und Bindeglied zu bilateralen Gesprächen war eine „Regionalkonferenz“ vorgesehen, um über Wasser, Umweltschutz, Rüstungskontrolle sowie regionale Sicherheit zu verhandeln), Ort und Termin (4. November

1991 in Madrid) zu erreichen, doch der Prozeß war lange Zeit von Verhandlungen über substantielle Themen weit entfernt; es hat lediglich Einigkeit darüber geherrscht, eine friedliche Lösung anzustreben. Vor allem Syrien zeigte Anzeichen eines Kurswechsels: Präsident Assad wiederholte zwar die Forderung nach völliger Rückgabe der Golanhöhen, doch bekannte er sich erstmals schriftlich zu einer echten Aussöhnung mit Israel. Während Syriens Delegierte in Washington mit Israel darin übereinstimmten, daß Sicherheitsbedürfnisse beider Seiten berücksichtigt werden müßten, deutete der israelische Außenminister Peres die Position seiner Regierung mit den Worten an: „Diejenigen, die denken, wir können einen Frieden erreichen und alles behalten, begehen einen schweren Fehler.“ Doch auch die siebte Runde der Gespräche, nach den Parlamentswahlen und dem Sieg der Arbeitspartei wieder aufgenommen, ging am 20. November 1992 zu Ende, wie sie begonnen hatte - ohne greifbare Fortschritte, aber in guter Atmosphäre und Zuversicht hinsichtlich der nächsten Gesprächsrunde am 7. Dezember - stand diese aber lange Zeit im Windschatten der Deportation von 415 Palästinensern. Daran konnte offensichtlich auch der amerikanische Außenminister Christopher nichts ändern, dessen Rundreise in der Region im Februar 1993 ohne Durchbruch, aber mit erklärter Hoffnung auf eine baldige Fortsetzung der Nahostverhandlungen ab dem 20. April endete. Die Gründe lassen sich auf die Dilemmata der einzelnen Verhandlungspartner zurückführen:

Auf arabischer Seite möchte Jordanien zwar einen schnellen Frieden mit Israel, aber aus Angst vor erneuter Isolierung innerhalb der arabischen Welt kann es keinen Separatfrieden abschließen. Dasselbe gilt auch für den Libanon, der einen solchen Separatfrieden abschließen könnte, doch aufgrund syrischen Drucks dies nicht tun darf.

Auf israelischer Seite bestand das Haupthindernis wohl vor allem darin, daß das Land, wie Außenminister Schimon Peres kürzlich in einem Interview ausführte <sup>30)</sup>, „bei den Syrern einen Partner, aber keinen Plan ...; bei den Palästinensern einen Plan, aber keinen Partner“ habe.

### **3. Hindernisse bei der Errichtung einer stabilen Friedensordnung im Nahen Osten**

Mit der in Washington am 13. September 1993 durch PLO-Vertreter und den israelischen Außenminister Peres unterzeichneten „Grundsatzerklärung“ über eine Teilautonomie für die besetzten Gebiete Gaza und Jericho<sup>31</sup> und den „historischen“ Händedruck zwischen PLO-Chef Arafat und Premier Rabin ist es zwar gelungen, ein Haupthindernis zu beseitigen. Doch ob dieses Abkommen der erste Schritt zu einer umfassenden Friedenslösung im Nahen Osten sein wird, bleibt noch abzuwarten, da Syrien sich nach wie vor weigert, mit Israel in bilaterale Verhandlungen einzutreten bzw. von seiner maximalen Forderung nach vollständiger Räumung der Golanhöhen abzurücken.

Ob die bisherigen Entwicklungen dazu geeignet wären, eine Dynamik zu erzeugen, aus der heraus eine „neue stabile Friedensordnung“ entstehen könnte, bleibt noch abzuwarten. Diese bedürfte der Lösung einiger latenter Konfliktformationen innerhalb der arabischen Staaten,, deren wichtigste kurz skizziert werden sollen.

#### **3.1. Umstrittene Grenzen**

Zu einer der für die Golfregion charakteristischen Ursachen für Interessenkonflikte gehört zweifellos das Fehlen von Staatsgrenzen und Demarkationslinien, was eine der Hinterlassenschaften der bis 1971 anhaltenden britischen Dominanz am Golf ist. Grenzkonflikte um Erdölvorkommen von der Dimension der zwischen Kuwait und Irak umstritte-

nen Rumaila-Ölfelder haben auf der arabischen Halbinsel und im Persischen Golf im vergangenen Jahr zu Territorialkonflikten und Spannungen zwischen den betroffenen Regimen geführt und werden wohl auch in Zukunft eine Quelle der Unsicherheit bleiben:

### **3.1.1. Saudi-Arabien - Jemen:**

Der jüngste Ausbruch des jahrzehntelang latenten Streits zwischen dem Jemen und Saudi-Arabien über den Verlauf der gemeinsamen Grenze war durch die Ölsuche ausländischer Firmen in Gebieten der Landschaft Hadramaut und im Roten Meer hervorgerufen worden, die von Saudi-Arabien beansprucht werden. Grundlage der „De facto-Grenze“ des Jemen zu Saudi-Arabien bilden - ein Erbe der englischen Kolonialherrschaft - das Saudi-Arabisch - (Nord-)Jemenitische Abkommen von 1934 und die einseitige britische Grenzerklärung von 1955, als der spätere Südjemen noch eine britische Kolonie war. Genau festgelegt wurden die Grenzen jedoch bis heute nicht, so daß der große Rest strittig ist; er umfaßt praktisch das ganze Gebiet zwischen dem 17. und 18. Breitengrad, womit der saudische Anspruch weit nach Süden reicht und 12 von 20 Ölfeldern umfaßt, in denen Erdöl entweder bereits gefördert oder mit hoher Wahrscheinlichkeit existieren dürfte - für den Jemen eine existenzbedrohende Herausforderung. Doch der Konflikt um die Ölfelder überlagert die traditionelle gegenseitige Abneigung zwischen beiden Staaten, die durch die jemenitischen Sympathien für den Irak während der Golfkrise an Aktualität gewonnen hat <sup>32</sup>). Darüber hinaus sprechen eine Reihe von Indizien dafür, daß Saudi-Arabien zum einen befürchtet, dem Jemen könnte dank der erst in den letzten Jahren entdeckten Ölvorräte von zwei bis drei Mrd. Barrel und Erdgasvorkommen eine Macht zuwachsen, die Saudi-Arabiens Vorrangstellung auf der arabischen Halbinsel ge-

fährden würde, zumal der Jemen mit 14 Mio. Menschen unter den elf arabischen Staaten östlich des Suezkanals nach dem Irak das bevölkerungsreichste Land ist. Zum anderen und bedrohlicher scheint für die Saudis die Demokratisierung des vereinten Jemen zu werden. Denn bereits heute gibt es im Parlament von Sanaa zehn weibliche Abgeordnete, dazu zwölf Frauen als Stellvertreterinnen von Ministern. Seine Ablehnung solcher Errungenschaften tat König Fahd unlängst mit einer Erklärung kund, in der er den Islam als einzig akzeptable Ideologie Arabiens bezeichnete. Anschließend fügte er einen Satz hinzu, der einer Mahnung an den Jemen gleichkam: „Das demokratische System, das in der westlichen Welt vorherrscht, paßt nicht in diese Region“<sup>33</sup>).

### **3.1.2. Saudi-Arabien und Katar**

Der zwischen den beiden Mitgliedern des Golf-Kooperationsrates seit langem umstrittene Verlauf der Grenzen führte am 30. September 1992<sup>34</sup>) zu einer militärischen Eskalation mit einigen Todesopfern. So strittig auch die Berichte beider Seiten über diesen Vorgang sein mögen, so scheint doch sicher, daß sich ein Konflikt anzubahnen droht, da die Regierung des Emirats Katar am 1. Oktober 1992 das 1965 mit Saudi-Arabien unterzeichnete Grenzabkommen einseitig aufkündigte.

### **3.1.3. Irak-Kuwait**

Konfliktpotential enthält schließlich die von der Grenz-Kommission der Vereinten Nationen - in Anlehnung an einen Briefwechsel vom Jahre 1932 zwischen beiden noch unter britischer Kolonialherrschaft stehenden Regierungen - vorgeschlagene Grenzziehung, die nicht nur einen Teil der umstrittenen Ölfelder von Rumaila dem Emirat zuspricht, sondern auch Teile des irakischen Hafens Umm Qasr<sup>35</sup>). Denn

damit wird der Zugang des Irak zum Persischen Golf verengt: Dies war nicht nur eine der Ursachen des Kuwait-Krieges, sondern auch des achtjährigen iranisch-irakischen Krieges gewesen.

### **3.2. Verteilungskonflikte um die Erdölförderquoten**

Neben diesen kurz skizzierten Grenzkonflikten, die in der Mehrzahl auch Konflikte um die Kontrolle über die größten Erdölreserven der Welt sind, gibt es eine Reihe von Konflikten um die Verteilung des Reichtums aus der Ausbeutung dieser Reserven. Die Dimension dieser Konflikte verdeutlichte der Golfkrieg, als Saddam Hussein als weiteren Rechtfertigungsversuch seiner Okkupation anführte, Kuwait habe durch die Nichteinhaltung der von der OPEC festgesetzten Quoten und zügellose Erdölförderung die irakische Wirtschaft „strangulieren“ wollen. Dies mag zwar ein Vorwand gewesen sein, doch die Verteilungskonflikte um die Erdöleinnahmen<sup>36)</sup> der Golfstaaten werden auch in Zukunft eine Quelle der Unsicherheit bleiben. Denn unter den acht erdölproduzierenden Staaten der Region mit 65% der Welterdölreserven (Irak, Iran, Kuwait, Saudi-Arabien, Oman, Katar und die zwei größten Mitglieder der VAE, Dubai und Abu Dhabi) wird sich auch in naher Zukunft nichts an den bestehenden Unterschieden ändern. Die Erdölinteressen dieser Staaten stehen oft im Widerspruch zueinander, was Kapitalbedarf für die Modernisierung ihrer bevölkerungsreichen Volkswirtschaften angeht. Während Iran und Irak angesichts der Größe ihrer Länder und der Zahl ihrer Bevölkerung kaum großen Spielraum an Förderkapazitäten und Kapitalüberschüssen haben werden - nicht zuletzt, um die verheerenden Folgen des iranisch-irakischen Krieges für beide Staaten und des Golf-Krieges für den Irak zu beheben -, wird es wohl auch in naher Zukunft das Privileg Saudi-Arabiens, Kuwaits und anderer

kleiner Erdölproduzenten des Golfs bleiben, aufgrund ihrer relativ geringen Bevölkerungszahlen und großer Förderkapazitäten fortgesetzt Kapitalüberschüsse zu akkumulieren.

Ob es dieser Staatengruppe jedoch langfristig gelingen wird, ihre äußere Sicherheit mittels dieser Überschüsse durch engere Anbindung an äußere Mächte bzw. verstärkte Aufrüstung zu gewährleisten, und die innere Sicherheit und Stabilität durch Pazifizierung der Bevölkerung mit der Ölrente zu erkaufen<sup>37)</sup>, ist mehr als zweifelhaft. Denn auch die Staaten der Region werden mittel- bis langfristig wohl nicht von jener Welle der Demokratisierung verschont bleiben, die sich inzwischen als Folge der Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa zu einem weltumspannenden Prozeß zu entwickeln begonnen hat<sup>38)</sup>.

### **3.3. Verteilungskonflikte um Wasser**

Angesichts der wachsenden Wassernot droht der Streit um eine gerechtere Verteilung der knappen Wasservorräte zu einem politischen Spannungsfaktor ersten Ranges zwischen den Staaten der Region zu werden<sup>39)</sup>. Vier Elemente haben maßgeblich hierzu beigetragen:

Zum einen legen die rasch wachsende Bevölkerung und eine zunehmende Verstädterung die Notwendigkeit nahe, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion zu erhöhen. Doch der Anteil der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche im Nahen und Mittleren Osten beträgt nur rund 8%, von denen 27% (35 Mio. Hektar) künstlich bewässert werden. Schon heute ist der Nahe und Mittlere Osten die Region mit der weltweit niedrigsten Selbstversorgungsrate bei Nahrungsmitteln und zugleich der größte Nahrungsmittel-Importeur. Zwar haben die Bauern der Region die Produktion von Nahrungsmitteln kontinuierlich gesteigert, aber Bevöl-

kerung und Pro-Kopf-Verbrauch haben noch stärker zugenommen.

Die Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga mußten 1990 Nahrungsmittel im Wert von 18 Mrd. Dollar importieren, damit entfielen allein auf die arabischen Staaten 8% der Weltimporte und 30% der Nahrungsmiteleinfluhren der Dritten Welt. Ein Bericht der Arabischen Liga hat vor kurzem davor gewarnt, daß dieses Defizit bis zum Jahr 2000 auf 100 Mrd. Dollar anwachsen könnte, wenn dieser Entwicklung nicht gezielt gegengesteuert werde<sup>40</sup>).

Zum anderen treiben insbesondere die reichen Ölstaaten Raubbau an den fossilen Wasserschichten, die sich unter ihren Wüsten befinden (Saudi-Arabien und Libyen), da der Wasserbedarf dieser Länder durch eine Aufbereitung mittels Entsalzungsanlagen bei weitem nicht gedeckt werden kann (Saudi-Arabien und Emirate am Golf).

Drittens, weil die ärmeren Staaten zunehmend darauf angewiesen sind, Flüsse und unterirdische Wasservorkommen immer intensiver auszubeuten. Dabei sind die Grenzen der Ausbeutungsmöglichkeiten schon heute in Sicht.

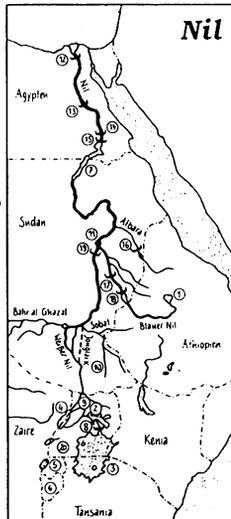
Viertens schließlich, weil gerade für diese Region zutrifft, daß „wer das Wasser hat“ auch „die Macht“ hat, doch „das Wasser hat, wer an der Quelle sitzt“<sup>41</sup>). Denn von den drei Flußsystemen, die der arabischen Welt Wasser bringen, entspringt nur das kleinste, das Yarmuk-Jordan-System, auf arabischem Territorium<sup>42</sup>), und jene Staaten, die die Oberläufe und Quellen der Ströme beherrschen, schöpfen diese weitgehend für sich aus, ohne den Anrainern „weiter unten“ soviel Wasser zu überlassen, wie diese beanspruchen und zu benötigen glauben.

### 3.4.1. Nil

Dies gilt in Bezug auf Ägypten für den Nil (Karte 1), von dem die Landwirtschaft des Landes zu 100% abhängt, der jedoch aus Schwarzafrika kommt. 60% der Wassermassen kommen mit dem blauen Nil aus Äthiopien, 27% mit dem weißen Nil aus dem Viktoria-See in Tansania - beide fließen erst im Sudan bei Khartoum zusammen. Hier könnten Konflikte entstehen, wenn Äthiopien, das den Nilwasservertrag von 1902 kürzlich aufkündigte, seine langgehegten Dammbaupläne verwirklicht, wodurch die an der sudanesisch-ägyptischen Grenze ankommende, den Ägyptern vertraglich zustehende Wassermenge um 5 Mrd. Kubikmeter pro Jahr absinken würde - mit unabsehbaren Folgen für die ägyptische Landwirtschaft. Eine effizientere Ausnutzung der Wassermenge wurde bislang durch den sudanesischen Bürgerkrieg verhindert, da ein seit langem von Ägypten und

Karte 1:

- 1 - Tana See
- 2 - Kioga See
- 3 - Victoria-See
- 4 - Albert See
- 5 - Rwanda
- 6 - Burundi
- 7 - Nasser-See
- 8 - Owen-Falls-Damm
- 9 - Bahr al-Dschebel
- 10 - Sudd
- 11 - Khartoum
- 12 - Barrage du Nil
- 13 - Assut-Damm
- 14 - Assuan-Damm
- 15 - Sadd al-Ah
- 16 - Khashim al-Girba-Damm
- 17 - Sennar-Damm
- 18 - Roseires-Damm
- 19 - Dschebel-Auliyä-Damm
- 20 - Uganda



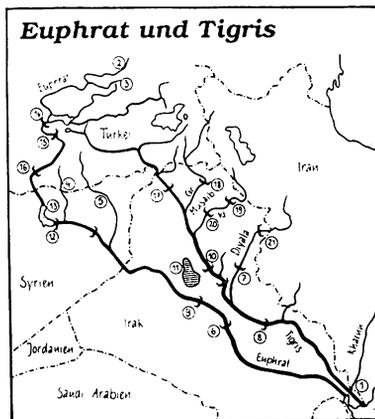
Quelle: Klaus Polkehn:  
Krieg um Wasser?  
Berlin 1992, S. 21

Sudan vereinbarter Plan zum Bau des Jonglei-Kanals vornehmlich von Rebellen des christlichen Südsudans als vom islamischen Norden oktroyiert angesehen wird. Dabei könnte durch den Kanal der Lauf des Nils verkürzt und damit verhindert werden, daß wie bisher jährlich etwa 134 Mrd. Kubikmeter Wasser in den Nilsümpfen versickern.

### 3.3.2. Euphrat und Tigris

Auch das zweite große Flußsystem, das die arabische Welt ernährt (Karte 2), hat seinen Ursprung außerhalb Arabiens. Es entspringt in der Türkei, die mit der Kontrolle über die Quellen die Wasserversorgung Syriens und Iraks gänzlich unterbrechen kann. Denn durch das „Südost-Anatolische Bewässerungsprojekt“, den 1974 fertiggestellten Keban-Damm, den 1987 vollendeten Karakaya-Damm und durch den riesigen Atatürk-Staudamm werden zwar gut zwei Mio.

Karte 2



- |                        |                                 |
|------------------------|---------------------------------|
| 1 - Schati-al-Arab     | 12 - Sado al-Furat (Tabqa-Damm) |
| 2 - Kara-Su            | 13 - Assad-See                  |
| 3 - Murad-Su           | 14 - Keban-Damm                 |
| 4 - Balikh             | 15 - Karakaya-Damm              |
| 5 - Habur              | 16 - Atatürk-Damm               |
| 6 - Hindija-Damm       | 17 - Eski-Mosul-Damm            |
| 7 - Diyala-Damm        | 18 - Bakma-Damm                 |
| 8 - Kul-al-Armana-Damm | 19 - Dokhan-Damm                |
| 9 - Habaniya-Damm      | 20 - Hanyia-Damm                |
| 10 - Samarra-Damm      | 21 - Derbendi-Khan-Damm         |
| 11 - Thamar-Senke      |                                 |

Quelle: Klaus Polkahn, a.a.O., S. 91

ha Land bewässert und ca. 30 Mrd. kWh Strom erzeugt, doch dabei wird den beiden Ländern das Wasser buchstäblich abgegraben.

Daß die Verfügungsgewalt über die Quellen der Flüsse bestens dazu geeignet ist, als politische Waffe bzw. Druckmittel eingesetzt zu werden, zeigt die Entwicklung des türkisch-syrischen Streites über das Wasser des Euphrat und die Kurdenpolitik Syriens. Erst nachdem der türkische Ministerpräsident Süleyman Demirel bei der Grundsteinlegung des Atatürk-Staudammes am Euphrat nahe der syrischen Grenze, der bis etwa 1998 fertiggestellt werden soll, die Auffassung der türkischen Regierung erneut bekräftigt hatte, „die Türkei könne mit ihrem Wasserreichtum machen, was sie wolle. Bis zur Grenze gehöre jeder Fluß der Türkei und erst dann den Nachbarstaaten, denen die Türkei ja auch nicht die Nutzung des Erdöls vorschreibe“<sup>43</sup>), erklärte sich Syrien zur gemeinsamen Bekämpfung von Terrorakten im grenzübergreifenden Kurdengebiet bereit und versicherte, jegliche Hilfe für die sich in den von Syrien kontrollierten Gebieten befindlichen Quartiere der separatistischen „Arbeiterpartei Kurdistans“, PKK, zu unterlassen. Die Türkei verpflichtete sich im Gegenzug, entsprechend den vor 1987 erzielten Vereinbarungen, den Euphrat trotz gigantischer Staudambauten mit einer durchschnittlichen Wassermenge von 500 Kubikmetern pro Sekunde über die Grenze nach Syrien weiterfließen zu lassen<sup>44</sup>).

### **3.3.3. Yarmuk-Jordan**

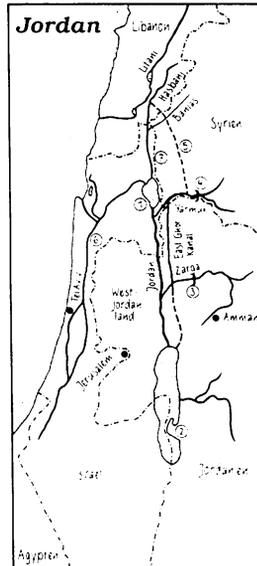
Es bleibt dahingestellt, ob zutrifft, daß der „Sechstagekrieg“ nur wegen des Kampfes um Wasser ausbrach, weil Israel damit begonnen hatte, die Grundwasservorkommen unter der West-Bank und dem Gaza-Streifen anzuzapfen. Fest steht allerdings, daß Israel seit der Eroberung der Golanhöhen 1967 zwei der drei wichtigsten Quellgebiete

des Jordans nördlich des Genezareth-Sees kontrolliert. Gleichzeitig gewann Israel die Kontrolle über fast den gesamten Lauf des Jordans (Karte 3), der Schätzungen zufolge zwischen 30% und 40% des Wasserbedarfs abdeckt. Israel ist darüber hinaus immer stärker auf jenen Teil der Quellen des Jordans angewiesen, die im Hermon-Massiv im Südlibanon an der syrischen Grenze liegen. Angesichts dieser immensen Abhängigkeit ist die Annahme plausibel, daß eines der Haupthindernisse für die friedliche Regelung der palästinensischen Frage - etwa durch die Gewährung einer vollständigen Autonomie - weniger ein sicherheitspolitisches Bedenken als vielmehr das Wasserproblem Israels ist. Denn die Regierung und die Mehrheit der israelischen Parteien bleiben hinsichtlich der Regelung dieser Frage bei der alten Position, die man schon 1978 in der im Kontext des Camp-David-Abkommens ausgelösten Debat-

Karte 3

- 1 - Troenas-See
- 2 - Totes Meer
- 3 - King Talal-Damm
- 4 - Magarin-Damm
- 5 - Geplante arabische Jordans-Abzweigung
- 6 - Israels National Water Carrier
- 7 - Huleh-Ebene

(Die Grenzen entsprechen den Waffenstillstandslinien von 1949)



Quelle: Klaus Polkehn, a.a.O., S. 156

te um eine mögliche palästinensische Autonomie der Westbank eingenommen hatte. In der israelischen Zeitung Al-Hamishmar vom 25. Juni 1978 wurden Regierungskreise mit den Worten zitiert, „es sei unvorstellbar, eine Autonomie zu treffen, die nicht verhindert, daß Israel die Fähigkeit verliert, sich gegen die Möglichkeit abzusichern, daß lokale Elemente, unterstützt durch ausländisches Geld, durch Tiefbohrungen Wasser aus dem Grundwasserspeicher im Westen Samarias abpumpen“<sup>45</sup>). Seit der Besetzung der jordanischen Gebiete darf kein Araber ohne (praktisch nie genehmigte) israelische Bewilligung einen Brunnen graben oder vertiefen. Mit diesen und ähnlichen Praktiken hat Israel - zum großen Ärger der Palästinenser in den besetzten Gebieten - erreicht, daß die Palästinenser heute nur ein Fünftel ihrer eigenen Wasservorkommen verbrauchen dürfen, während die Israelis - Siedler in den besetzten Gebieten und Bewohner des Kernlandes - den Löwenanteil nutzen. In Zahlen ausgedrückt, erhalten die rund 100.000 israelischen Siedler etwa 100 Mio. Kubikmeter Wasser (pro Kopf fast 1000 Kubikmeter), während die eine Mio. Palästinenser der Westjordan-Gebiete ca. 137 Mio. Kubikmeter (pro Kopf 137 Kubikmeter) zugeteilt bekommen, mit der Folge, daß deren bewässerte Anbauflächen während der Besetzung von 27% der Gesamtanbaufläche auf 4% zurückgegangen sind<sup>46</sup>). Kurzum: würde Israel die besetzten Gebiete zurückgeben, wäre das so, als stieße ein Durstiger ein Glas Wasser um.

Da die israelische Landwirtschaft allerdings nahezu 70% des Wassers verbraucht, fehlt es auch innerhalb Israels nicht an kritischen Stimmen, die sowohl die Agrarpolitik der Regierung als auch „25 Jahre staatlicher Mißwirtschaft“, die eine nationale Wasserkrise heraufbeschworen hätten, einer vernichtenden Kritik unterziehen, so etwa im Januar 1991 die Rechnungskammer des Landes, die die Ursachen der Wasserkrise auf folgende Faktoren zurückführte<sup>47</sup>):

- Exzessive Ausbeutung der Wasservorkommen, die ein Absinken des Grundwasserspiegels um 1,6 Mrd. Kubikmeter (entspricht fast einem Jahresverbrauch) verursacht hat.
- Verschlechterung der Wasserqualität durch Nachlaufen salzigen Meerwassers von außen in die zu stark beanspruchten Grundwasservorkommen.
- Das jahrzehntelange Nachgeben des Landwirtschaftsministeriums (dem fatalerweise die Wasserverwaltung untersteht) gegenüber dem Wunsch der Bauernlobby nach mehr Wasser.
- Die Subventionierung des Wasserpreises, die zu Produktionsverzerrungen geführt und die Bauern von der hydrologischen und wirtschaftlichen Realität entfernt habe. Der Anbau wasserintensiver Früchte wie Grapefruit oder Orangen für den Export sei im Endeffekt eine „Ausfuhr von Wasser zum Schaden der Volkswirtschaft“.

Der Bericht kommt zusammenfassend zum Ergebnis, daß das Wasserproblem eine „menschengemachte Krise“ sei, „die mit natürlichen Ursachen nichts zu tun“ habe.

Obgleich Jordanien und Israel als Jordan-Anrainer mit der Aufteilung des Wassers bislang zurecht kamen, könnte es Konflikte hinsichtlich der Pläne Jordaniens zum Bau des Wahda-Damms am Oberlauf des Yarmuk geben, dem die jordanisch-syrische Grenze folgt. Denn Israel sorgt sich um die Sicherheit jenes 3% Anteils, den der Yarmuk am Wasserbedarf des Landes stellt. Konfliktlinien gibt es auch zwischen Jordanien und Syrien, da Jordanien aufgrund der aggressiven Wasserpolitik seines Nachbarn bald austrocknen könnte. Denn Syrien schöpft weit mehr Wasser aus dem Yarmuk ab, als ihm nach dem sog. Johnston-Abkommen aus dem Jahr 1955 zusteht: 160 statt 90 Mio. Kubikmeter im Jahr.

So sehr „Wasser“ für die Region inzwischen wichtiger geworden ist als Erdöl, und Kontroversen über die Wasser-  
verteilung scheinbar fast zwangsläufig den nächsten Krieg  
auszulösen drohen, verhindern nicht die Wasserfrage, son-  
dern - nicht anders als bei den anderen skizzierten Konflikt-  
formationen - die ungelösten politischen Probleme und re-  
gionale Spannungen eine regionale Zusammenarbeit.

Denn dem Mangel an Wasserressourcen kann durch eine  
Vielzahl von Maßnahmen zur Einsparung und zur effizien-  
teren Nutzung des vorhandenen Wassers begegnet wer-  
den, etwa durch :

- Meerwasserentsalzungsanlagen,
- gezielte Maßnahmen zur Reduzierung des Wasserver-  
brauchs in Landwirtschaft, Industrie und Haushalten,
- verbesserte Anbaumethoden in der Landwirtschaft und  
Förderung von Agrarproduktion, die weniger Wasser be-  
anspruchert,
- eine rationellere Nutzung des Wassers durch effizientere  
Bewässerungssysteme und verbesserte Leitungs- und  
Verteilungssysteme,
- eine bessere Konservierung der vorhandenen Wasser-  
ressourcen,
- Wasserpreise, die die Kosten von Gewinnung und Aufbe-  
reitung reflektieren und der Verschwendung entgegen-  
wirken,
- Aufbereitung und Wiederverwendung von Abwässern  
(Recycling)<sup>48</sup>).

So naheliegend die Einleitung solcher und ähnlicher Maß-  
nahmen zur Beseitigung bzw. Linderung der Folgen des  
Wassermangels im Interesse aller Beteiligten ist, diese kur-  
ze Skizze über die Wasserproblematik im nahöstlichen

Raum dürfte auch verdeutlicht haben, daß gegenwärtig keineswegs rechtliche Regelungen in Form von Verträgen die Wasserverteilung bestimmen, sondern das Recht des Stärkeren.

#### **4. Perspektiven**

Diese eher ernüchternde Bilanz deutet darauf hin, daß, wie die Skeptiker voraussagten, die Region nach dem Zweiten Golf-Krieg ebenso konfliktbeladen geblieben ist wie zuvor, und daß der Krieg keins der drängenden Probleme der Region zu lösen imstande war. Dies war freilich auch nicht zu erwarten, hatten doch die bisherigen historischen Erfahrungen in der Region mehr als einmal verdeutlicht, daß jeder Versuch einer „Neuordnung“ der Region von außen stets in einer Wiederherstellung der „alten Unordnung“ endete <sup>49)</sup>.

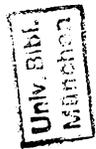
Doch dies scheint nicht das ausschließliche Monopol bzw. Privileg des Nahen Ostens zu sein. Auch Europa scheint von der Geschichte eingeholt zu werden. Vom ehemaligen Jugoslawien bis zum zentralasiatischen Tadschikistan ist die neue Landkarte Europas ebenso von Konflikten, Kriegen und Flüchtlingselend geprägt wie auch vom kaum steuerbaren Zerfall des ehemaligen Ostblocks in Klein- und Mikro-Staaten sowie von der Wiederbelebung alter Nationalitätenkonflikte und der Unterdrückung von Minderheiten<sup>50)</sup>.

Auch hier ist nicht zuletzt seit dem Ausbruch des jugoslawischen „Völkerkrieges“ die Euphorie über den Zerfall der Zweiten Welt und das Ende des Ost-West-Konfliktes - von Francis Fukuyama, stellvertretendem Direktor des Planungsstabes im US-Außenministerium, 1989 etwas verfrüht als das „Ende der Geschichte“ <sup>51)</sup> hochstilisiert - einer weltpolitischen Ernüchterung gewichen. Inzwischen dämmert die Einsicht herauf, daß auch die künftige Welt mehr von Unordnung als von Ordnung gezeichnet sein wird,

mehr von archaischen Konflikten als von aufgeklärten Lösungen.

So ernüchternd auch diese bittere Erkenntnis angesichts der euphorischen Hoffnungen zu Beginn der 90er Jahre sein mag, ausgeblendet wurde offensichtlich die schlichte Tatsache, daß Präsident Bushs Ankündigung einer neuen Weltordnung allenfalls vor dem allgemeinen Hintergrund der Legitimation amerikanischer Außenpolitik verständlich wird, die zwar stets realpolitisch motiviert, jedoch idealistisch begründet wird, da ohne Beschwörung der amerikanischen „Mission“, Freiheit und Demokratie zu verteidigen, kein Präsident Zustimmung im Kongreß und Unterstützung in der Bevölkerung erhalten kann; insbesondere wenn es darum geht, amerikanische Soldaten in einen Krieg ziehen zu lassen. Die zu beobachtende Tendenz bei den meisten amerikanischen Präsidenten - von Trumans Engagement für „Freiheit aller Völker“ bis zu Reagans Kampf gegen das „Reich des Bösen“ -, außenpolitische Entscheidungen „mit einer Aura universeller Bedeutung“ (in der Regel „Doctrin“ genannt) zu umgeben, führte der Altmeister der amerikanischen Diplomatie, George F. Kennan, in seinen 1971 erschienenen Memoiren auf die „tiefe Abneigung der Amerikaner gegen spezifische Lösungen für spezifische Probleme und ... ihre hartnäckige Suche nach allgemeingültigen Formeln und Lehrsätzen, die als Richtschnur und Rechtfertigung für spezifische Handlungen dienen könnten“ zurück. „Wir ziehen“, so Kennan weiter, „die allgemeinverbindliche Norm vor, die den Einzelfall miteinbegreift, damit wir nicht für jedes Problem eine individuelle Lösung suchen müssen, sondern automatisch so oder so entscheiden können, je nachdem, ob die Umstände sich in die Norm fügen oder nicht“<sup>52</sup>).

Sowohl die hier nur ansatzweise skizzierten Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Entwicklung in der



Golf-Region als auch die heutige Konfliktlage in Südosteuropa verdeutlicht, daß sich bisher nirgendwo „eine neue Weltordnung“ abzeichnet. „Was bleibt, ist allein der mühsame Versuch, die Unordnung in Grenzen zu halten“<sup>53</sup>).

Doch angesichts der alten und neuen Herausforderungen, mit denen die Weltgemeinschaft konfrontiert ist - etwa die demographische Explosion, nahezu revolutionäre Umgestaltung der Finanz- und Kommunikationssysteme, der Landwirtschaft und Biotechnologie, der Robotik und Automatisierung bzw. die industrielle Produktion und schließlich die Gefahren für die natürliche Umwelt - wird die Qualität einer wie auch immer gearteten „Neuen Weltordnung“ nicht zuletzt von ihrer Kompetenz hinsichtlich der Lösungsstrategien für die globalen Probleme abhängen, will man nicht hinnehmen, daß sie zu schrecklichen Katastrophen führen.

## 5. Anmerkungen

<sup>2</sup> Jeffrey E. Garten: Der kalte Frieden. Amerika, Japan und Deutschland im Wettstreit um die Hegemonie, Frankfurt a. Main 1993, S. 11

<sup>3</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv, Folge 24/1990, S. D656 ff.

<sup>4</sup> Siehe hierzu ausführlicher Ali E. Hillalo Dessouki: Neue Perspektiven? Die Araber in einer veränderten Weltordnung, in: Michael Lüders (Hrsg.): Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt, München 1992, S. 33 ff.

<sup>5</sup> Zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 18. Januar 1991, S. 6

<sup>6</sup> Ausführlicher hierzu siehe Arthur Heinrich: Mutmaßungen über die Neue Weltordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/1991, S. 547-560. Siehe auch Lawrence Freedman: The Gulf war and the New World Order, in: Survival, No. 3/1991, P. 195-209, sowie Mohammed Sid-Ahmed: The Gulf Crisis and the New World Order, in: Middle East Report, January-February 1991, pp. 16.

<sup>7</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv, Folge 10/1991, S. D255-258.

- <sup>8</sup> Zit. nach Marion Gräfin Dönhoff: Die bittere Bilanz des Golfkrieges. Unternehmen Wüstensturm: von der Moralpolitik zur Realpolitik, in: „DIE ZEIT“ vom 12. April 1991.
- <sup>9</sup> Abgedruckt in „Süddeutsche Zeitung“ vom 8. April 1991, S. 6.
- <sup>10</sup> So etwa Präsident Bush am 13. April 1991. Zit. nach „DIE ZEIT“ vom 26. April 1991, S. 7. Auch die prominente amerikanische Journalistin, Leslie Gelb, warnte am 31.3.1991 in der „New York Times“ vor der Einmischung mit der Begründung: „Wenn eine kurdische Enklave im Nordirak auch einen Schiiten-Staat im Süden bedeutet, dann bringt eine solche Regelung den Vereinigten Staaten nichts als Ärger ein ... Es ist gegen die amerikanischen Interessen, die Auflösung des Irak zu fördern“. Zit. nach Samir al-Khalil: Wo selbst die Hoffnung stirbt, in: „DIE ZEIT“ vom 16. April 1991, S. 8.
- <sup>11</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv, Folge 9/1991, S. D218-220
- <sup>12</sup> Die „Erklärung von Damaskus“ vom 6.3.1991, abgedruckt in: Volker Perthes: Regionale Auswirkungen des zweiten Golfkrieges, in: Interdependenz Nr. 6, hrsgg. von der Stiftung Frieden und Entwicklung/Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg 1991, S. 61-63. (Zitat S. 62)
- <sup>13</sup> Ausführlicher hierzu u.a. Perthes (Anmerk. 11), S. 26-31 sowie Frank Gesemann: Ägypten und der Golf. Ägyptens Rolle während der Golf-Krise und in der regionalen Nachkriegsordnung, in: F. Ibrahim/Mir A. Ferdowsi (Hrsg.): Die Kuwait-Krise und das regionale Umfeld. Hintergründe, Interessen, Ziele, Berlin 1992, S. 92-111.
- <sup>14</sup> Zit. nach Frank Gesemann: Die zentrale Rolle Ägyptens bei der Neuordnung der Golfregion, in: blätter des iz3w Nr. 175 vom August 1991, S. 11.
- <sup>15</sup> Ausführlicher zu dieser Begrifflichkeit siehe Bassam Tibi: Konfliktregion Naher Osten. Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen, München 1989, S. 199
- <sup>16</sup> Klaus-Dieter Frankenberger: Wächter der Strasse von Hormuz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Dezember 1991.
- <sup>17</sup> Zit. nach Klaus-Dieter Frankenberger: Gut gerüstet vor allem im Orient, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 23. August 1991.
- <sup>18</sup> Siehe Fredy Gsteiger: Abrüstung im Nahen Osten? Scheinheilige Brandstifter, in: „DIE ZEIT“ vom 7. Juni 1991, S. 12.

- <sup>19</sup> „Süddeutsche Zeitung“ vom 3. Juni 1991.
- <sup>20</sup> Siehe die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 21./22. Februar 1993
- <sup>21</sup> Diese im eklatanten Widerspruch zu Proklamationen von Präsident Bush stehenden Waffenlieferungen rechtfertigte der US-Verteidigungsminister Cheney mit den Worten: „Wir tun dies, indem wir unseren Freunden helfen, ihre legitimen Sicherheitsbedürfnisse zu erfüllen. Wir tun dies, indem wir versuchen, den Friedensprozeß in Gang zu setzen. Wir tun dies durch die Rüstungskontrollinitiative“. Zit. nach „Süddeutsche Zeitung“ vom 3. Juni 1991
- <sup>22</sup> „Süddeutsche Zeitung“ vom 30./31. Januar 1993
- <sup>23</sup> „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 16. Februar 1993
- <sup>24</sup> Bereits wenige Tage vor der Invasion Kuwaits hatte der irakische Außenminister Tarik Assis dem Präsidenten der Arabischen Liga die diesbezügliche Position Iraks wie folgt mitgeteilt: „Irak betrachtet die Araber, unabhängig von den bestehenden Staatsgrenzen als eine Nation; was dieser Nation gehört, sollte allen Araber gehören und allen Araber Vorteile bringen“. Zit. nach Sefik A. Bahadir: Im Siegesrausch verdrängt, in „DIE ZEIT“ vom 6. März 1992, S. 41
- <sup>25</sup> Hierzu siehe Sefik A. Bahadir: Saddam Hussein und der Club der Reichen“. Wirtschaftliche Hintergründe des irakischen Überfalls auf Kuwait, in: Bahman Nirumand (Hrsg.): Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost, Reinbek 1990, S. 100-117.
- <sup>26</sup> Vgl. Vorschläge von Außenminister Baker in: „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Februar 1991, S. 2.
- <sup>27</sup> Abgedruckt in Perthes (Anmerk. 11), S. 62.
- <sup>28</sup> Für eine solche Interpretation spricht etwa die Tatsache, daß die Staaten des Golf-Kooperationsrates als erste ihre Bereitschaft erklärten, an einer möglichen regionalen Friedenskonferenz als Beobachter mitzuwirken, was von Außenminister Baker als entscheidender Fortschritt gepriesen wurde, weil damit das Tabu gegen Verhandlungen mit Israel durchbrochen sei; siehe „Neue Zürcher Zeitung“ vom 14. Mai 1991.
- <sup>29</sup> Zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 1. März 1991.
- <sup>30</sup> SZ-Interview mit Schimon Peres vom 10. März 1993, S. 11

- <sup>32</sup> Siehe hierzu „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 21. April 1992, S. 8 sowie „DER SPIEGEL“: „Mit Armut erwürgen“, Nr. 37/7. September 1992, S. 196-202.
- <sup>33</sup> Zit. nach ebda, S. 201.
- <sup>34</sup> Siehe „Süddeutsche Zeitung“ vom 2.- 4. Oktober 1992.
- <sup>35</sup> Siehe „Neue Zürcher Zeitung“ vom 30. April 1992.
- <sup>36</sup> Ausführlicher hierzu siehe Sefik A. Bahadir: Erdölkonflikte am Persischen Golf, in: blätter des iz3w, Nr. 172, März/April 1991, S. 22-25.
- <sup>37</sup> Zu einem umfassenden Überblick über die Diskussion des „Rentenbegriffs“ siehe Claudia Schmid: Das Konzept des Rentier-Staates, Münster 1991. Siehe auch die Beiträge von Thomas Bierschenk: Die Golfstaaten: politische Stabilität trotz ökonomischem Wandel sowie Peter Pawelka: Der Irak als „Rentierstaat“, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart 1991 S. 95-142.
- <sup>38</sup> Siehe hierzu den Überblick von Jürgen Rüland/Nikolaus Werz: Mehr Chancen für Demokratie in der Dritten Welt? In: Peter J. Opitz (Hrsg.): Grundprobleme der Entwicklungsländer, München 1991, S. 245-166.
- <sup>39</sup> Ausführlicher zu diesem Konflikt siehe u.a. Nathsha Beschorner: Water and Instability in the Middle East, Adelphi Paper 273, London 1992; Arnold Hottinger: Wasser als Konfliktstoff. Eine Existenzfrage für Staaten des Nahen Ostens, in: Europa-Archiv, Folge 6/ 1992, S. 153-163, sowie Reiner Luyken: Wasser ist Frieden, kein Wasser ist Krieg, ZEIT-Dossier in: „DIE ZEIT“ vom 20. Dezember 1991, S. 13-15.
- <sup>40</sup> Ausführlicher hierzu siehe Frank Gesemann: Herausforderung Wasser, in: blätter des iz3w Nr. 182/1992, S. 12-15.
- <sup>41</sup> Heiko Flottau: Die Bande der Clans. Die arabische Welt besser verstehen, Freiburg 1992, S. 151.
- <sup>42</sup> Ausführlich hierzu siehe Klaus Polkehn: Krieg um Wasser?: der Jahrhundertkonflikt im Nahen Osten, Berlin 1992.
- <sup>43</sup> Zit. nach „Süddeutscher Zeitung“ vom 29. Juli 1992.
- <sup>44</sup> Zit. nach „Süddeutscher Zeitung“ vom 4. August 1992.

- <sup>45</sup> Zit. nach Polkehn (Anmerk. 40), S. 195.
- <sup>46</sup> Näheres hierzu siehe Hottinger (Anmerk. 37), S. 154f.
- <sup>47</sup> Zit. nach Luyken (Anmerk. 37), S. 14.
- <sup>48</sup> Gesemann (Anmerk. 38), S. 15 sowie Udo E. Simonis: Wasser und Entwicklung in der Dritten Welt: Probleme der Knappheit und Verschmutzung, in: NORD-SÜD-aktuell, Heft 4/1990, S. 68-73.
- <sup>49</sup> Udo Steinbach: Die neue Ordnung ist die alte Unordnung, in: „der überblick“, 2/91, S. 5.
- <sup>50</sup> Ausführlicher hierzu siehe Mir A. Ferdowsi: Probleme und Perspektiven der Transformationsprozesse in Ost- und Südosteuropa, in: Europa-Archiv, Folge 9/1993, S249-255
- <sup>51</sup> Fukuyama, Francis: The End of History? In: The National Interest, No. 16/1989, S. 3 ff. sowie sein Buch: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992.
- <sup>52</sup> George F. Kennan: Memoiren eines Diplomaten, Band 2, München 1971, S. 327
- <sup>53</sup> Robert Leicht: Der Kampf zwischen Mächten und Rechten, in: „DIE ZEIT“ vom 26. Februar 1993, S. 3

